

**Protokoll der Pressekonferenz**  
**im Anschluss an die Sitzung**  
**des Vorstands der Deutschen Bundesbank**  
**am 27. Juni 2002**

- nach Bandaufnahme -

Prof. Dr. Rolf Eggert, Präsident der Hauptverwaltung Hamburg:

Der Vorstand hat sich entschlossen, die Auswärtige Sitzung hier in Mecklenburg abzuhalten und ich bin sehr froh darüber, dass sich der Bundesbankvorstand über die Situation in der Region informiert. Wir werden heute noch die IHK Rostock besuchen und mit Unternehmern der Region sprechen, auch über die Probleme, die es hier in Mecklenburg-Vorpommern gibt. Wir werden auch ein zukunftssträchtiges Unternehmen besuchen, die Firma DOT, die Oberflächenbeschichtungen für orthopädische Hilfsmittel herstellt. Mit diesem medizintechnischem Betrieb wollen wir ein Unternehmen präsentieren, welches ein Stück Zukunft für die Region darstellt. Der Strukturwandel in den ländlichen Gebieten des Landes Mecklenburg-Vorpommern war in den letzten zehn Jahren dramatisch. Von ca. 180 000 Beschäftigten in der Landwirtschaft haben heute nur noch 20 000 Arbeit. Das Schlosshotel, in dem die Sitzung stattfindet, ist eigentlich ein Beweis dafür, dass sich Wirtschaftspolitik lohnt, dass sich Investitionen lohnen. Hier auf dem flachen Land finden viele Menschen, gerade auch junge Leute, in der Dienstleistungsbranche, speziell im Tourismus, Arbeit. Man kann sehen, dass es doch Potenziale gibt in diesem schönen Land, die gehoben werden können. Ich bin froh, dass wir heute hier diese Vorstandssitzung haben und der Vorstand auch darüber hinaus weitere Informationen aufnehmen wird.

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Vielen Dank Herr Eggert. Zunächst möchte ich mit einem Dank beginnen, an die Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank in Hamburg, an Sie persönlich und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die diese Konferenz hier ausgerichtet haben. Ich will noch einmal betonen, dass dies eine alte Tradition der Deutschen Bundesbank ist. Wir haben früher mit dem Zentralbankrat in jedem Jahr eine solche Sitzung außerhalb von Frankfurt durchgeführt. In der neuen Struktur der Deutschen Bundesbank wollen wir das mit dem Vorstand auch beibehalten. Es festigt nicht nur das Zusammengehörigkeitsgefühl, sondern gibt uns auch Gelegenheit, erstens in der Fläche die Aufgaben der Deutschen Bundesbank zu vermitteln und zweitens auch Anregungen und Hinweise für unsere Arbeit aufzunehmen, die sich in der Region ergeben. Und gerade dies ist in der Region Mecklenburg-Vorpommern, wo man nicht regelmäßig hinkommt, besonders wichtig. Einige von uns sind auch zum ersten Mal in dieser Region.

Gestern Abend haben wir - das gehört auch zur Tradition - einen gemeinsamen Empfang des Ministerpräsidenten und der Bundesbank, vertreten durch den Präsidenten der Hauptverwaltung, mit der regionalen Wirtschaft und den regionalen Repräsentanten von Banken gegeben.

Ich habe dies zum Anlass genommen, deutlich zu machen, dass wir aus unserer Sicht die Lage in den neuen Bundesländern längst nicht mehr als ein so großes Problem betrachten, wie das manchmal in den Medien immer noch dargestellt wird. Zwar sind die Wachstumsraten in den neuen Bundesländern zuletzt wieder geringer gewesen als in den westdeutschen Bundesländern, wodurch der Aufholprozess etwas ins Stocken geraten ist. Schaut man aber über diese Durchschnittsbetrachtung hinweg auf einzelne Sektoren, so stellt man fest, dass die Wachstumsraten in West und in Ost fast annähernd gleich gewesen sind, wenn man die Bauwirtschaft herausrechnet. Und schaut man noch etwas genauer hin, dann stellt man fest, dass die Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe in den neuen Bundesländern besser gewesen ist als in den alten Bundesländern. Das bestätigt mich in der Annahme, dass nach Beendigung des Anpassungsprozesses der Bauwirtschaft - noch immer wird in den neuen Bundesländern pro Kopf mehr in den Bausektor investiert als in

den alten Bundesländern - die Wachstumsrate in den neuen Bundesländern möglicherweise auf ein höheres Potenzial einschwenkt als in der Bundesrepublik insgesamt. Immer wieder weise ich in öffentlichen Diskussionen in Ost und West darauf hin, dass in einer Reihe von Sektoren die Standorte mit der höchsten Produktivität in den neuen Bundesländern zu finden sind. Das gilt zum Beispiel für den Automobilsektor mit den neuen Werken in Eisenach und in Leipzig, für die Schiffsindustrie in Dresden und für den Schiffsbau an der Ostseeküste.

Sie haben sicherlich Verständnis dafür, dass wir in unseren Vorstandssitzungen aufgrund der neuen Struktur der Bundesbank - das Bundesbankgesetz gilt ja erst seit 1. Mai d. J.- noch sehr viele betriebsbezogene Entscheidungen zu treffen haben. So haben wir die Leitsätze für Mitarbeitergeschäfte neu beschlossen. Wir haben die Zuordnung der Revision der Deutschen Bundesbank heute diskutiert und beschlossen. Wir haben hier die Restrukturierung der Informationstechnologie in der Gesamtbank zu einem Abschluss gebracht. Wir haben Neufestlegungen getroffen für Führungspositionen, wir haben schwebende Probe-Beamten-Verhältnisse entschieden, wir haben darüber hinaus eine weitere Diskussion über die Geschäftsausrichtung der Deutschen Bundesbank im Barzahlungsverkehr geführt. Darüber hinaus haben wir Eckpunkte für die Plankostenrechnung und Investitionsplanung beschlossen und eine Reihe von Beschlüssen im Zusammenhang mit unserem RTGS plus-System getroffen. Wir haben über die Fortführung eines Bauvorhabens in Berlin entschieden und eine ganze Reihe internationaler Themen angesprochen und diskutiert; dabei insbesondere die Fragen, wie sich auf europäischer Ebene financial stability, supervision und integration weiterentwickeln.

Ich will darauf nicht im Detail eingehen, aber es gibt auf europäischer Ebene eine Diskussion darüber, ob sich die Bankenaufsicht von den Notenbanken entfernt, oder ob Bankenaufsicht, Versicherungsaufsicht und Wertpapieraufsicht auch auf europäischer Ebene zusammengeführt werden sollen, oder ob Bankenaufsicht bei den Zentralbanken und auf europäischer Ebene nahe bei der Europäischen Zentralbank angesiedelt werden soll. Da geht es um Positionen, die wir in der Deutschen Bundesbank vertreten und die wir auch voranbringen wollen.

Und natürlich steht immer auch die Diskussion der wirtschaftlichen Situation und der Währungspolitik im Vordergrund. Die Medien haben gestern und heute breit über die Entwicklungen an den Devisen- und Aktienmärkten berichtet, was natürlich auch ein Thema für uns ist. Betrachtet man zunächst die Entwicklung des Euro, so bestätigt sich, was wir immer gesagt haben, als die Entwicklung des Euro in die andere Richtung ging: Der Wechselkurs ist keine Zielgröße der Notenbankpolitik. Die Wechselkursentwicklung findet insoweit Eingang, als der Wechselkurs Einfluss auf die zukünftige Preisentwicklung und auch die zukünftige konjunkturelle Entwicklung hat. Und deshalb sind wir über die aktuelle Entwicklung auch in keinster Weise beunruhigt, sondern es ist eine Korrektur insbesondere der Kursentwicklung des Dollar. Eine Korrektur, die wir in der Vergangenheit ja immer wieder angemahnt und für notwendig erachtet haben.

Und diese Korrektur beinhaltet auch eine Reihe von positiven Effekten. Die Preisentwicklung wird dadurch gedämpft, die Importpreise sinken, womit für die Konsumenten Geldmittel frei werden, wodurch möglicherweise die Binnennachfrage deutlich belebt wird. Das ist genau die umgekehrte Wirkung, die wir gehabt haben, als der Euro aufwertete und der Ölpreis nach oben ging. Diese Entwicklung entzog den Konsumenten Kaufkraft. Die aktuelle Entwicklung führt zu zusätzlicher Kaufkraft und könnte daher zusätzlich auch die konjunkturelle Entwicklung - die wir ja für dieses Jahr durchaus positiv sehen - stützen.

Auf der anderen Seite wird die Gefahr gesehen, dass die Außenwertentwicklung des Euro die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen könnte. Wir sehen noch immer die große preisliche Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere der deutschen Industrie, nicht beeinträchtigt. Die Exportentwicklung hängt weniger von der Wechselkursentwicklung ab als vielmehr von der Entwicklung der Wirtschaft in den Empfängerländern von Exportgütern aus Deutschland oder anderen europäischen Ländern. Entwickelt die sich positiv, dann steigen auch die Exportquoten. Auch bei den Märkten glauben wir, dass im Wesentlichen eine Korrektur von früheren Übertreibungen stattfindet.

Allerdings müssen wir ein großes Augenmerk darauf richten, dass hier auch Vertrauensschäden eingetreten sind. Nach dem Enron-Fall haben wir seit einigen

Tagen in den USA den 2. Fall einer unkorrekten Rechnungsführung, die dazu führt, dass erhebliche Verunsicherungen an den Märkten entstanden sind. Hier muss zur Vertrauensbildung doch einiges in naher Zukunft geschehen.

Für uns gilt, dass sich seit Anfang dieses Jahres die wirtschaftliche Entwicklung wieder nach oben gerichtet hat. Das ist der gravierende Unterschied zum vergangenen Jahr. Letztes Jahr wurden die Wachstumsraten nach unten korrigiert, in diesem Jahr sehen wir eine Aufwärtsentwicklung, wobei wir noch nicht genau wissen, wie steil und wie lange sie dauert. Und sie ist auch nicht ganz ohne Risiken für Europa und für Deutschland, das soll man nicht verschweigen, wobei Deutschland möglicherweise einen schwächeren Anstiegswinkel hat als die Eurozone.

Die Risiken sind die nach wie vor bestehenden Ungleichgewichte in den Vereinigten Staaten, die sich auch in den aktuellen Veränderungen der Marktdaten widerspiegeln. Die Preisentwicklung verlief in den Frühjahrsmonaten nicht so, wie wir es erwartet haben, aber doch, mit einer zeitlichen Verzögerung, in die richtige Richtung. Der harmonisierte Verbraucherpreisindex für die Bundesrepublik wird im Juni nach den vorläufigen Ergebnissen bei 0,7 % liegen.

Damit haben wir eine deutliche Stabilität erreicht. Ich weise darauf hin, dass dies im krassen Gegensatz steht zu der hektischen Diskussion in der Bundesrepublik über die Frage, ob die Euroumstellung zu Preiserhöhungen geführt hat. Viele Konsumenten glauben, dass die Euroumstellung auf der breiten Front zu Preiserhöhungen geführt hat. Dies stimmt so nicht. Es ist gar keine Frage, dass die Verbraucher sich zurecht darüber aufregen, weil sie in einer Reihe von Sparten (Wäschereien, Frisöre, Gaststättenbetriebe) den Eindruck haben, man hätte die D-Mark durchgestrichen und Euro dahinter geschrieben. Aber die Euroeinführung hat auf einer breiten Front nicht zu einer Anhebung der Lebenshaltungskosten geführt. Es ist auch eine Wahrnehmungsfrage, dass man die Waren, die man bar bezahlt und Güter, die man täglich kaufen muss und bei denen eine Preiserhöhung in vielen Fällen eingetreten ist, sehr viel stärker spürt. Die Wechselkursentwicklung wird den Preisauftrieb sicherlich noch weiter dämpfen.

Ein Punkt, den ich ansprechen möchte, betrifft die Finanzpolitik. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, bis 2004 einen nahezu ausgeglichenen

Haushalt zu erreichen. Damit steht die Finanzpolitik in Deutschland vor einer großen Herausforderung. Um dieses Konsolidierungsziel zu erreichen, haben sich Bund und Länder in einer außerordentlichen Sitzung des Finanzplanungsrates verpflichtet, gemeinsam dieses Ziel anzustreben. Das ist gegenüber der früheren Situation ein erheblicher Fortschritt, denn wir haben jetzt neben dem europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt auch eine Verpflichtung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland, dass diese eingegangenen Verpflichtungen auch erreicht werden. Der vom Bundeskabinett kürzlich verabschiedete Haushaltsentwurf sieht strikte Begrenzungen der Ausgaben vor. Ich betone aber noch einmal, dass möglicherweise zusätzliche Anstrengungen erforderlich sind, um dieses Ziel bis 2004 zu erreichen. Es heißt auf der anderen Seite aber auch, dass für zusätzliche Steuersenkungen und für zusätzliche ausgabenwirksame Programme kein Raum ist, sondern, dass dieser Konsolidierungspfad nicht verlassen werden darf. Ich begrüße, dass die Bundesregierung sich auf europäischer Ebene dafür eingesetzt hat, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht aufgeweicht wird.

Frage: Sie wiesen eben auf noch bestehende Risiken in der Konjunktorentwicklung hin, z. B. das Defizit in den USA. Ist die – man kann es fast so nennen - Krise auf den Finanzmärkten ein weiterer Unsicherheitsfaktor ?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke: Es handelt sich wohl eher um eine Korrektur der Ungleichgewichte. Wir haben mit Blick auf die price earning ratios immer wieder darauf hingewiesen, dass die Bewertung der Aktien in den Vereinigten Staaten übertrieben war und noch immer übertrieben ist. Wir haben auch darauf hingewiesen, dass der Euro gegenüber dem Dollar unterbewertet ist. Wenn man lange Zeit auf diese Ungleichgewichte hingewiesen hat, kann man jetzt in der Korrektur nicht eine neue Krise sehen.

Als problematisch erachte ich den Vertrauensverlust in die Rechnungslegungsgrundsätze und die Methoden bzw. Prüfungen in großen amerikanischen Unternehmen. Die beiden jüngsten Fälle führen weltweit zu einem deutlichen Vertrauensbruch und schaden den gesamten Kapitalmärkten.

Frage: Lassen sich aus diesen amerikanischen Fällen Konsequenzen auf die europäische bzw. deutsche Wirtschaft ziehen?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke: Unmittelbar wohl kaum. Aber lassen Sie es mich etwas erweitern. Wir führen europaweit eine Diskussion über Rechnungslegungsgrundsätze. Die Amerikaner haben in der Vergangenheit immer wieder versucht, ihre Rechnungslegungsätze (US GAP) weltweit als Standard durchzusetzen. Sie haben sie auch zur Vorbedingung für andere Unternehmen gemacht, die ihre Aktien an der New York Stock Exchange handeln wollten. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, dass die Kurzfristorientierung in diesen Rechnungslegungsgrundsätzen nicht der Weisheit letzter Schluss ist, sondern dass die Vorsichtsprinzipien des Handelsgesetzbuchs auch gewisse Vorteile bieten. Nach den genannten amerikanischen Fällen muss man dies etwas stärker einbringen, weil die EU-Verordnung zur Anwendung der International Accounting Standards auch in Richtung dieser Kurzfristigkeit geht. Wir sollten bei der Umsetzung in deutsches Recht den vorhandenen Spielraum nutzen, indem wir - bezogen auf die Fälle für Deutschland - Hinweise geben, dass man hier mehr an bewährten Grundsätzen festhalten sollte als das zwischenzeitlich den Eindruck hatte.

Frage: Die aktuellen M3-Zahlen sind deutlich höher ausgefallen als erwartet. Gibt das Anlass zur Inflationssorge?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke: Die M3-Zahlen weisen auf eine reichliche Liquiditätsausstattung im Euroraum hin. Ich sehe aber aktuell keine Gefährdung darin.

Man kann die Entwicklung mit nach wie vor vorhandenen Verzerrungen erläutern.

Unter Berücksichtigung der Inflationsentwicklung und des Time Lags geldpolitischer Maßnahmen muss man aber konstatieren, dass in der Geldmengenentwicklung auch ein gewisses Potenzial für Inflationsrisiken steckt. Der gleitende Dreimonatsdurchschnitt, auf den sich der Referenzwert der EZB bezieht, ist um 1/10 angestiegen. Das ist aktuell nicht besonders dramatisch. Es kann mit der erreichten Preisniveaustabilität und mit erneut vergrößerten Risiken an den Kapitalmärkten zusammenhängen, dass die Liquiditätsvorliebe zusätzlich gestiegen ist.

Grundsätzlich sehe ich in der Entwicklung der Geldmenge, die in der Vergangenheit deutlich vom Referenzwert nach oben abgewichen ist, ein denkbares Potenzial für eine Gefährdung der Preisniveaustabilität, wenn nicht bei höheren Wachstumsraten und bei stabilerer Verfassung der Kapitalmärkte ein Abbau erfolgt.

Frage: Durch den stärker gewordenen Euro wird die Inflationsgefahr eher gedämpft. Rückt dadurch eine Zinserhöhung in die Ferne?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke: Darüber wollen wir heute nicht spekulieren, weil der EZB-Rat nächste Woche in Luxemburg wieder über Geldpolitik diskutiert. Sie kennen unsere Verabredung: Sieben Tage vor einer Sitzung des EZB-Rates über konkrete geldpolitische Entscheidungen öffentlich zu spekulieren, haben wir uns untersagt.

Frage: Ist der Euro immer noch unterbewertet?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke: Der Euro ist nicht generell, sondern nur gegenüber dem Dollar aufgewertet. Es handelt sich nicht um eine Euro-Aufwertung sondern um eine Dollar-Abwertung. Fragt man jetzt, ob der Euro über- oder unterbewertet ist, muss man die gesamte, gewichtete Währung betrachten. Und hier meine ich, dass der Euro insgesamt noch immer etwas unterbewertet ist.

Frage: Können Sie etwas zu den wirtschaftlichen Entwicklungschancen speziell in Mecklenburg-Vorpommern sagen?

Prof. Dr. Rolf Eggert: Es gibt hier einen Bereich, der hoch produktiv und hochmodern ist: der maritime Bereich, der kräftig Beschäftigte abgebaut hat. Von ursprünglich 60.000 Beschäftigten gibt es jetzt noch 16.000. Die Betriebe sind auf dem neuesten Stand, allerdings gibt es eine Kapazitätsbegrenzung durch die Europäische Union bis 2005. Jeglicher Produktivitätsfortschritt führt in diesen Unternehmen mit anderen Worten also zum Beschäftigungsabbau.



Ein anderer Bereich ist die Landwirtschaft. Gestern abend waren wir auf einem ökologischen Betrieb mit über 1.000 Hektar Größe. Auch hier stecken Wachstumspotenziale. Allerdings spielen auch hier auf europäischer Ebene festgelegte Quoten eine Rolle. Der Besitzer Herr von Basewitz sagte, dass hier jedoch Gerechtigkeit einziehen muss und die Quoten gerecht verteilt werden müssen. Ansonsten gibt es Wettbewerbsverzerrungen.

Der dritte Bereich ist Tourismus. Es ist bekannt, dass es an der 1700 km langen Ostseeküste eine nachhaltige touristische Entwicklung gibt. Aber gerade hier auf dem flachen Land gibt es Wachstumspotenziale, die erschlossen werden.

Der vierte Bereich ist das Potenzial, das das Land durch bereits bestehende Strukturen hat. Zwar tragen Biotechnologie und Medizintechnologie noch nicht so erheblich zum Wachstum bei, aber das sind Kerne, die sich gut entwickeln lassen.

Frage: Sehen Sie bei dem von Ihnen prognostizierten HVPI-Anstieg von 0,7 % im Juni Deflationsgefahr für Deutschland?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke: Hier ist eine europaweite Betrachtung nötig, denn es macht keinen Sinn, die Inflation eines einzelnen Landes in den Blick zu nehmen.

Abschließend noch eine Bemerkung: Ich bin 1991 in Hessen Wirtschafts-, Verkehrs- und Technologieminister geworden. Damals führte mich im Sommer 1991 meine erste Reise mit hessischen Unternehmern auf Einladung des damaligen Fraktionsvorsitzenden der SPD im Landtag, des heutigen Ministerpräsidenten Harald Ringsdorff, nach Mecklenburg-Vorpommern. Deshalb kann ich ermessen, was sich hier in den letzten zwölf Jahren getan hat. Gestern abend hatte ich Gelegenheit, mit Harald Ringsdorff noch einmal Revue passieren zu lassen, wie es hier vor zwölf Jahren aussah und welche Probleme bestanden. In der heutigen Situation kann man danach nur einen erfreulich guten Fortschritt erkennen.